



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV 10. April 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Wirtschaftspolitik in der Demokratie</u> Bilanz einer Bundestagsdebatte Von Rudolf Pass	94
2	<u>Die andere Seite der Medaille</u> Wo bleibt der deutsche Beitrag zum Abrüstungsproblem ?	20
2	<u>157 Milliarden DM</u> Der Finanzbedarf der Gemeinden	28
3	<u>Syrisches Rätselraten</u> Nach dem Putsch Von Eberhard Dingels	36
4 - 5	<u>Noch immer Regierungskrise in Finnland</u> Keine stabile Mehrheit zu finden Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Basten	68
6 - 7	<u>"Es ist schwer zu vergessen ..."</u> Zur Debatte über die Kulturbeziehungen Israel-Deutschland in der Knesset	85
8	<u>Sich selbst treu geblieben</u> Zum 75. Geburtstag von Karl Voigt	46

* * *
* *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Wirtschaftspolitik in der Demokratie

Bilanz einer Bundestagsdebatte

Von Rudolf Pass

Jüngst hatte sich der Bundesminister für Wirtschaft über die Fernsehschirme den deutschen Volke als Bußprediger Abraham á Santa Clara produziert. Dabei gab er vor, in dieses Volkes Namen zu sprechen, erhob besagtes Volk aber gleichzeitig zum sachverständigen Richter über eine Wirtschaftsentwicklung, für die er es eben noch verantwortlich gemacht hatte. Er klagte "kollektive Meinungsbildungen", "Interessenten" und "Funktionäre" für das, was er selbst wirtschaftspolitisch verurteilt hat. Wie der Mann alles das logisch hinbringt, ist schon beinahe ein Wunder für sich.

Das gleiche Bild, erweitert durch die Sprecher der Regierungskoalition, bot sich in der Debatte des Bundestags zum Haushaltsplan des Bundesministeriums für Wirtschaft. Herr Atzenroth von der FDP überschritt die Grenze zum Absurden, als er Minister Erhards Fernsehauftritt als "notwendig" bezeichnete, weil er dadurch "einen viel größeren Kreis der deutschen Menschen ansprach als dies im Parlament möglich ist". Mit Besorgnis und Betroffenheit sei die Rede Erhards im Volke aufgenommen worden, während im Bundestag nur ein kleiner Kreis von Kritikern sitze, die sauer reagierten.

Schöne Demokraten! Schöne Parlamentarier! Armes Volk! - So bestätigten die Redner der Koalitionsparteien ungewollt, wie richtig und wichtig es war, daß die Opposition ihren Sprecher Deist zu einer Erwiderung auf die Panikmache des so selbstgerechten Ministers zu Fernsehen und Rundfunk geschickt hatte. Der Unfug hätte sonst gar zu groß im politischen Raume gestanden.

Notwendige Erinnerung an SPD-Anträge

Genau gehört und gesehen lieferten Wirtschaftsminister Erhard und seine Freunde aus den Koalitionsparteien schwache Rückzugsgefechte. Sachlich, und das heißt in diesem Falle wirtschaftspolitisch, ist es doch so - Herr Schmücker von der CDU/CSU gab es zwar etwas geglaubt, aber doch expressis verbis zu -, daß Regierungsparteien und Regierung im Juni 1960 den Versuch der sozialdemokratischen Fraktion vereitelten.

- * Erstens so etwas wie eine "Soziale Marktwirtschaft" zu schaffen.
- * und
- * zweitens deren stetige Weiterentwicklung zu sichern.

In der Drucksache 2428 der 2. Wahlperiode hatten die Sozialdemokraten den "Entwurf eines Gesetzes zur Förderung eines stetigen Wachstums der gesamten Wirtschaft" eingebracht, in dem die

- * Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung,
- * das Nationalbudget,
- * der jährliche Wirtschaftsbericht der Bundesregierung und ein
- * unabhängiger volkswirtschaftlicher Beirat vorgesehen und gefördert
- * wurden.

In der Parlamentsdebatte kündigten die Sozialdemokraten an, einen solchen Antrag demnächst wieder einbringen zu wollen.

Späte Vernunft der Koalition?

Sucht man das Wesentliche in den Verteidigungsreden von Wirtschaftsminister und Koalitionsrednern, so stößt man auf die im Grunde

gleichen Gedanken - allerdings spielten die Herren von der FDP die Rolle der Katze am heißen Brei - die man als "Dirigismus", "Planwirtschaft" und was weiß noch für Werkzeuge des Teufels abgetan hatte, als sie immer wieder von der Opposition vorgetragen und schließlich als Gesetzentwurf eingebracht worden waren.

Denn was ist der Sachverständigenrat, der jetzt von dem, der spontanen Antriebskräfte der Auf- und Ausbauperiode der Nachkriegszeit entblößten Bundeswirtschaftsminister gewünscht wird, anderes als der Volkswirtschaftliche Beirat in seinerzeitigen Gesetzentwurf der Sozialdemokraten?

- * Hat doch Herr Erhard nachdrücklich und auf Befragen wiederholt
- * vor dem Bundestag gesagt, es solle sich dabei nicht nur um ein
- * "Loangremium" handeln, und er zählte so gut wie alle wichtigen
- * volkswirtschaftlichen Bereiche auf, als er die Arbeitsaufgaben
- * dieses zukünftigen Rates umriß.

Und wie anders sollen die Arbeitsergebnisse eines solchen Rates zum Zuge kommen als im jährlichen Wirtschaftsbericht der Bundesregierung anhand einer rückschauenden Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und eines vorausschauenden Nationalbudgets?

- * Die Koalitionsparteien brauchen nur dem angekündigten Gesetzentwurf der Sozialdemokraten zuzustimmen, um ihren Wirtschaftsminister die Instrumente der Wirtschaftspolitik zu verschaffen, die er bis zu seinen jüngsten Kassandrarufen verschmäht hatte.

Moralischer und sachlicher Sieg der Opposition

Die Sprache des demokratischen Staatsmannes ist dem Bundeswirtschaftsminister offensichtlich nicht gegeben. Sie wurde gestern von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Deist gesprochen. Dieser zeigte einige der konkreten Probleme auf, vor die jetzt Wirtschaft und Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik gestellt sind. Deist gab dem Wirtschaftsminister eine Lektion in demokratischem Verhalten, als er sagte, die Opposition mache sich mindestens so viel Gedanken um die wirtschaftliche Zukunft wie eben dieser Minister. Und er rügte berechtigterweise die Hybris des brambasierenden Herrn Erhard, der jüngst in Siegen meinte, er müsse abwarten, ob die Gewerkschaften ein positives Verhältnis zum Staat finden werden.

Schließlich hatte Deist recht damit, anzudeuten, daß ungeschickt belehrende Reden eines Ministers eine Regierung der Verantwortung für das nicht entbinden können, was die eigentliche Aufgabe einer Regierung ist. Jedoch beanspruchte der soziale Demokrat Deist die wirtschaftspolitische Verantwortung a u c h für das Parlament.

Weder das in den letzten Tagen so oft berufene deutsche Volk noch das von ihm gewählte Parlament sind geeignet für die Rolle der Schulklasse eines Mannes, der sich als praeceptor germaniae gibt. Als Erhard zum Schluß in arger Bedrängnis wiederholte, "ein solches Gremium kommt unter allen Umständen, da können Sie beruhigt sein", hatte die sozialdemokratische Opposition den moralischen und sachlichen Sieg davongetragen.

Die andere Seite der Medaille

sp - In der Bundestagsdebatte über den Verteidigungshaushalt hat MdB Fritz Erl er erneut auf die "andere Seite der Medaille" unserer Sicherheitspolitik hingewiesen, die von der SPD in einem eigenen deutschen Beitrag zur Abrüstung und Entspannung erblickt wird. Es war interessant zu beobachten, wie man auf den Bänken der Regierungsparteien gerade bei diesem Teil der Erl er-Rede doch recht unruhig wurde; mancher brave CDU-Kämpfer blickte etwas verlegen unter den Tisch. Das ist auch nicht verwunderlich, denn tatsächlich gibt es zwar zahlreiche Vetos der Bundesregierung zu Abrüstungs- und Entspannungsvorschlägen sogar befreundeter Nationen, aber nicht einen einzigen positiven eigenen Beitrag zu diesem wohl wichtigsten Problem der internationalen Politik.

Man darf gespannt sein, wie sich die Mahnung Erl ers auf die weitere Erörterung verteidigungs- und aussenpolitischer Fragen auswirken wird. Die "Fehlanzeige", von der wir kürzlich an dieser Stelle sprachen, wirkt sich nachgerade zu einem internationalen Skandal aus. Wenn sich alle Parteien des Bundestages darüber einig sind, dass einerseits zwar die Verteidigung gesichert sein muss, andererseits jedoch die grossen Probleme unserer Nation nur in einer Periode der Entspannung gelöst werden können, wäre es nur logisch, wenn wir uns auch einmal über die andere Seite der Medaille einer Sicherheitspolitik Gedanken machen würden.

+ + +

157 Milliarden DM

sp - 157 Milliarden DM, diese Summe, enthalten in dem Bericht des Deutschen Städtetages über den Finanzbedarf der Gemeinden, entzieht sich der konkreten Vorstellung. Sie ist dreimal höher als der Bundeshaushalt für das Jahr 1962, über den in diesen Tagen im Bundestag beraten wird. Die Verfasser des Berichtes sind jedoch keine Phantasten. Sie stehen auf dem Boden der Wirklichkeit, wie sie sich bei der dritten Säule des Staates, den Gemeinden, spiegelt. Jeder Bürger bekommt selbst zu spüren, wo die Gemeinden der Schik drückt. Das ist einmal die von Jahr zu Jahr immer stärker sich auswirkende Verkehrsnot. Der Hauptreferent des Städtetages, Weinberger, schätzt den Betrag auf 53 Milliarden DM, der notwendig wäre, um allein die Verkehrsnot in den Gemeinden zu beheben. Ein Blick auf das den Erfordernissen von heute nicht mehr entsprechende Strassennetz der Großstädte bestätigt die Notwendigkeit eines gründlichen Ausbaus. Zu den Stiefkindern unseres Wirtschaftswunders gehört das Schulwesen. Es müssten, so heisst es in diesem Bericht, 23 Milliarden DM für den Bau neuer Schulen ausgegeben werden. Mangel an Schulzimmern, überfüllte Klassen und übermüdete Lehrer wirken sich zum Schaden unserer Kinder aus. Die Fernsehreportage über den Stand unserer Krankenhäuser legte einen Notstand bloss, der schon erschreckend genannt werden muss. Auch hier besteht ein Bedarf an Neubauten und Modernisierung. Die Wasserwirtschaft liegt ebenfalls im Rückstand. Acht Milliarden DM wären erforderlich, um hier das Notwendige nachzuholen. - Das sind nur einige, allerdings herausragende, Posten eines Bedarfs der Gemeinden, dessen Befriedigung man nicht für unübersehbare Zeit auf die lange Bank schieben kann. Bund und Länder können nicht gedeihen, wenn die Gemeinden in der Erfüllung ihrer Aufgaben zu kurz kommen. Ihr Anspruch, bei der Verteilung des Zuckers gerecht berücksichtigt zu werden, findet in dem Bericht des Städtetages eindrucksvollen Niederschlag.

+ + +

Syrisches Rätselraten

Von Eberhard Dingels

Obwohl es nach den letzten Ereignissen in Syriens Hauptstadt Damaskus so scheint, als sei die innenpolitische Krise beigelegt, glauben viele Beobachter nicht an eine endgültige Ruhe. Zwar hat das Oberkommando der syrischen Armee die von putschenden Offizieren inhaftierten zivilen Politiker wieder in ihre Ämter eingesetzt, doch niemand vermag mit Bestimmtheit vorauszusagen, ob General Zahreddin, Syriens derzeitiger "starker Mann" auch in Zukunft in der Lage sein wird, die widerstreitenden Gruppen und Richtungen unter Kontrolle halten zu können.

Auswirkungen auf gesamten Nahen Osten

Daß ein derartig latenter Unruheherd dazu angetan ist, die nicht gerade ruhige Lage im gesamten Nahen Osten zu verschärfen, ist verständlich. Nicht so klar aber sind die Hintergründe der jüngsten syrischen Krise. So gilt es als ziemlich ungeklärt, was die zur Zeit in die Schweiz ins Exil gereisten sieben Offiziere bewogen hat, vor gut einer Woche die Regierung zu stürzen. Die damalige Erklärung der Putschisten, man wolle die Bande zu den arabischen Brüdern in Ägypten enger knüpfen, ist insofern widersprüchlich, als die einzigen sichtbaren Befürworter in den Reihen der von Nasser so hart angefaßten Baath-Partei und den Koslerbrüdern zu finden waren. Weniger im Dunkel der Vermutungen und Spekulationen liegt die Aktion der sogenannten "Freien Offiziere" von Aleppo, die sich offen zu Nasser bekannten und ohne Zweifel versuchten, im allgemeinen Durcheinander, das in der Hauptstadt herrschte, auf dem Wege der Revolte eine Wiedervereinigung mit Ägypten zu erzwingen. Sicherlich gab und gibt es auch Schichten der Bevölkerung, die aus den verschiedensten Gründen den Austritt Syriens aus der VAR im Oktober vergangenen Jahres nicht billigen.

Geheimabkommen?

Gleichfalls nicht von der Hand zu weisen sind die Gerüchte, die von einem unerbittlichen Machtkampf zwischen Anhängern Kairos und Bagdads sprechen. Man weiß, daß es vor dem Putsch ein zwischen beiden Staaten vereinbartes Geheimabkommen gab, das die Verlegung irakischer Streitkräfte nach Syrien vorsah. Wer die Ereignisse der letzten Jahre im Nahen Osten beobachtet hat, weiß um diese Art arabischen Polyzentrismus im arabischem Raum.

Unter solchen Umständen steht die Aufrichtung eines demokratischen Systems in Syrien vor unendlichen Schwierigkeiten. Das einzig Sichere in dieser Lage erscheint vielen die Feststellung zu sein: Syrien - ein einziges Rätsel.

Noch immer Regierungskrise in Finnland

Keine stabile Mehrheit zu finden

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Die Regierungskrise in Finnland geht nunmehr in die neunte Woche hinein. Obwohl die konservativen Parteien bei der Reichstagswahl im Februar eine klare Mehrheit erreichten - 115 Mandate gegenüber 87 - ist es bisher den von Staatspräsident Kekkonen beauftragten Politikern nicht gelungen, das Regierungsproblem zu lösen. Nach zwei Versuchen hat zuletzt auch der 39jährige Außenminister Karjalainen den Auftrag an Kekkonen zurückgegeben. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass man letzten Endes in dieselbe Sackgasse zurückkehren muss, in der man sich drei Jahre lang vor den Februarwahlen befand, d.h., dass Finnland wieder eine Minderheitsregierung bekommt unter Führung der Agrarpartei, diesmal vielleicht mit Unterstützung von der zentralen Gewerkschaftsorganisation, der FFC.

Wahlerfolg ohne praktisches Ergebnis

Als Präsident Kekkonen auf Grund der sowjetrussischen Note an Finnland Ende des vergangenen Oktobers sich dazu entschloss, das Parlament vorzeitig aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, wurde ausdrücklich betont, man wolle eine Regierung zustande bringen, die über eine eindrucksvolle Mehrheit im Reichstag verfügt. Dadurch sollte Finnland bestätigen, dass der aussenpolitische Kurs der Regierung von den Wählern und Parteien uneingeschränkt unterstützt wird.

Die Reichstagswahlen wie auch die Präsidentenwahl waren für Kekkonen und seine Politik ein ausgesprochener Erfolg. Die Partei des Präsidenten - die Agrarpartei, - wurde die größte Partei, während die kommunistische Partei (Volksdemokraten) auf den zweiten Platz zurückfiel. Die sozialdemokratische Partei musste sowohl Stimmen wie Mandate einbüßen.

Seit Januar 1959 regierte die Agrarpartei als Minderheitsregierung, war aber in wichtigen Angelegenheiten auf die parlamentarische Unterstützung der Kommunisten und der linkssozialistischen Splitterpartei angewiesen. Diese Situation war nicht nur für die Partei Kekkonens unangenehm, sondern auch für die gesamte parlamentarische und politische Lage eine peinliche Belastung. Die tiefgreifenden Auseinandersetzungen zwischen Kekkonen und den Sozialdemokraten verhinderten leider jeden

Versuch, eine Mehrheitsregierung auf breiter demokratischer Grundlage zu bilden.

Kekkonen sucht Unterstützung der Gewerkschaften

Nach den Februarwahlen dieses Jahres besteht allerdings die Möglichkeit, eine Regierung mit klarer Mehrheit im Parlament zustande zu bringen. Aber Kekkonen möchte nicht ohne Unterstützung der Arbeitnehmerseite eine neue Regierung ernennen. Deshalb haben er und seine mit der Regierungsbildung bisher Beauftragten die Bedingung gestellt, dass Finnlands zentrale Gewerkschaftsorganisation - die grösste der beiden finnischen Gewerkschaften - an der Regierung beteiligt wird. Das ist selbstverständlich ein Weg, der mit den parlamentarischen Spielregeln nicht übereinstimmt, weshalb die konservativen Parteien Bedenken ausgesprochen haben. Aber die Agrarpartei meint, in Anbetracht der Tatsache, dass sowohl die Kommunisten wie auch die Sozialdemokraten als Regierungspartner ausgeschlossen sind, müsse man in jedem Fall die Unterstützung der Arbeiterbewegung haben. Dabei hat die Agrarpartei die von den Linksozialisten geführte Gewerkschaftsorganisation vorgezogen.

Gewerkschaften: "Ja - aber ..."

Die Gewerkschaften sind auch gewillt, in die Regierung einzutreten, verlangen aber die Erfüllung einer Reihe sozialpolitischer Bedingungen, darunter Einführung der 40 Stunden-Woche. Ausserdem will die FFC drei Ministersitze und verlangt, dass auch die Arbeitgeberorganisation mit eben so vielen Ministern wie die FFC an der Regierung teilnimmt. Dadurch sollen die Arbeitgeber die Mitverantwortung für die Durchführung der sozialpolitischen Reformen übernehmen. Aber das würde wiederum bedeuten, dass die konservative Sammlungspartei zwei Ministerposten abgeben müsste. Dieses Verlangen hat die Partei abgelehnt. Ausserdem hat der Arbeitgeberverband es abgelehnt, als Organisation in die Regierung einzutreten, wenn er auch nicht dagegen wäre, dass "einzelne Mitglieder" des Verbandes sich zur Verfügung stellen.

An diesem Dilemma ist Karjalainens vorläufig letzter Versuch, eine Mehrheitsregierung zu bilden, gescheitert. Die Agrarpartei muss nunmehr vielleicht in den saueren Apfel beißen und wieder eine Minderheitsregierung allein tragen, möglicherweise mit Unterstützung der FFC, oder den beiden kleineren bürgerlichen Volksparteien. Sowohl innen- wie aussenpolitisch wäre das nicht die glücklichste Lösung.

Es ist schwer zu vergessen ...

Von Dipl.-Ing. Stefan Schwarz

In der Zeitschrift "Renaissance", Europäisches Organ der Weltunion der zionistisch-sozialistischen Verbände Poale Zion-Hitachdut und der Sozialdemokratischen Partei Israels, Mapai, beleuchtet der folgende Artikel die Hintergründe, die zum Beschluss des israelischen Parlaments führten, die kulturellen Beziehungen mit der Bundesrepublik einer genaueren Prüfung zu unterziehen. Dieser Beschluss war die unvermeidliche Reaktion auf die Zurückhaltung Bonn's, diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen.

Man muss offen gestehen: der Beschluss der Knesset über die deutsch-israelischen Kulturbeziehungen, die nun einer genaueren Prüfung und neuen Richtlinien unterstehen werden, bedeutet einen gewissen Rückschlag in der praktizierten Liberalisierung der ersten Annäherungsversuche zwischen Israel und der Bundesrepublik.

Die nichtjüdischen Israelfreunde und Menschen guten Willens werden es bei ihren Bemühungen für eine Annäherung an Israel nicht leichter haben, obzwar die Kommentare der deutschen Presse viel Verständnis an den Tag gelegt haben. - Aufrichtige Freunde Israels werden ihren Idealismus und ihre Opferwilligkeit um einige Grade steigern müssen und noch nachhaltiger als bisher an der Schaffung von Voraussetzungen arbeiten müssen, die eine Normalisierung der Beziehungen herbeiführen könnten.

Zweifellos haben die schrecklichen Bilder, mit denen eine unvorstellbare Grausamkeit vor den Augen der in Israel Lebenden - wie durch ein Wunder geretteten jüdischen Menschen im Eichmann-Prozess aufgerollt wurde und welche die schauerhaften Untaten so überzeugend und dokumentarisch vor der Welt und der Geschichte belegt haben, das israelische Volk derart ergriffen, dass ein grosses Fragezeichen um Deutschland neuerdings gestellt wurde. Das allein ist aber nicht das einzige, das den bohrenden Zweifel unnachgiebig nährt und stärkt.

Wenn man die Bereitwilligkeit, diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen, mit Rücksicht auf die Feinde Israels, deren Pläne gegenüber dem jüdischen Volke identisch sind, so krass "einfrieren" lässt, so zeugt dies nicht für eine ehrlich gemeinte Einstellung, diesem Volke, dem so unsagbares Leid zugefügt wurde, auch moralische Wiedergutmachung zu leisten. Man erwartet in Israel, dass Deutschland auch einen positiven Beitrag in der Frage des Beitritts Israels zu der EWG leisten könnte, was aber angesichts der deutschen "Rücksicht" auf die Araber als fraglich erscheint.

Bei der letzten Abstimmung in der UNO über die südafrikanische Rassenpolitik hat das junge Israel demgegenüber politisch und moralisch eine viel bessere Reifeprüfung bestanden, indem es trotz seiner Sorge um die jüdische Gemeinschaft in Südafrika und der israelfreundlichen Haltung der südafrikanischen Regierung gegen die Rassendiskriminierung

rung gestimmt und die Menschenrechte vorbehaltlos verteidigt hat. In einer ausgezeichneten Stellungnahme zu der Frage der deutsch-israelischen Kulturbeziehungen schreibt Christoph von Imhoff: "Es gibt Dinge, die wichtiger sind als kalkulierte und gezielte Aktionen. In der Geschichte hat sich eine redliche Haltung noch immer besser bezahlt gemacht als die Spekulation".

Israel schätzt die ehrlichen Bemühungen der Behörden der Bundesrepublik und der vielen Freunde Israels und des jüdischen Volkes in Deutschland, die oft in Wort und Tat zum Ausdruck kommen. Auch Israels Ministerpräsident Ben Gurion hat mehrmals Worte der Anerkennung und Bereitschaft zur Annäherung ausgesprochen. Der Präsident der Zionistischen Weltorganisation und des Jüdischen Weltkongresses, Dr. Nahum Goldmann, bekräftigte unlängst auch seinerseits diese Einstellung. Israel hat, wenn auch verständlicherweise zaghaft und mit Vorbehalt, die ersten Schritte zur Zusammenarbeit getan. Viele israelische Künstler haben in den letzten Jahren in der Bundesrepublik würdig und erfolgreich ihr Land vertreten und einen Begriff über den Fortschritt Israels, dieser Bastion der Demokratie im Nahen Osten, vermittelt. Die Besuche der deutschen Jugend-, Studenten- und Lehrer-Gruppen in Israel, haben der aufgeschlossenen Jugend Deutschlands Anlass und Anregung zum Nachdenken über die jüngste Geschichte gegeben. Sie haben das aufblühende alt-neue Israel achten gelernt. Das war eine nicht zu unterschätzende Leistung, auch angesichts der in Deutschland hasssprühenden arabischen Propaganda.

Trotz allem ist es einem Volke, das so schwer geprüft wurde, einfach unmöglich, zu vergessen, was geschehen ist! Es wurde deshalb, so widerspruchsvoll es auch klingen mag, an der grossen Feier anlässlich des 25jährigen Bestehens des Israelischen Philharmonischen Orchesters die neunte Sinfonie von Beethoven aufgeführt, der Text jedoch auf englisch gesungen. Sicherlich spielten bei der Behandlung der deutsch-israelischen Beziehungen in der Knesset auch parteipolitische Überlegungen eine Rolle.

Dieses Problem gehört aber nicht in den Kreis unserer Betrachtungen. Es sei mir in diesem Zusammenhang erlaubt, eine Erzählung des Talmuds wiederzugeben: einst, bei einer talmudischen Disputation im Lehrhause zu Jerusalem, konnten sich die Schüler im Widerstreit der Meinungen nicht mehr zurechtfinden und riefen verzweifelt aus: "Wie können wir das Gesetz lernen, wenn die Lehrer es so verschieden und widerspruchsvoll auslegen?" Darauf wurde ihnen von den Weisen geantwortet: "Beachtet aufmerksam die Worte aller, die Worte dessen, der freispricht, und dessen, der verurteilt; die Worte dessen, der erlaubt, und dessen, der verbietet, denn sie wollen alle dasselbe Ziel: Die Würde des Volkes, die Gerechtigkeit, die Verherrlichung Gottes."

+ + +

Sich selbst treu geblieben

Zum 75. Geburtstag von Karl Voigt

Auf Tagungen und Kongressen, wo wichtige Entscheidungen getroffen werden, wo es um den Bestand und das Wachsen der sozialdemokratischen Bewegung geht, ist er auch heute noch anzutreffen: Karl Voigt, der am 7. April seinen 75. Geburtstag an seinem jetzigen Wohnsitz Hamburg feiern kann. Man hört auch heute noch gern auf seine Ratschläge, in denen sich die Erfahrung eines reichen erfüllten Lebens findet.

1887 wurde Karl Voigt in Magdeburg geboren, in einer Stadt, der er fast ein Leben lang die Treue hielt und die seinem Wirken viel zu verdanken hat.

Der schwarzen Kunst war Karl Voigt schon seit seiner Jugend verfallen: seine Ausbildung fand er im Druckerei-Gewerbe - ihn interessierte alles, was mit Satz, Druck, Papier, der Herstellung von Büchern, Zeitschriften und Zeitungen zusammenhing. Der junge Karl Voigt folgte einem Ruf seiner Firma, die ihm eine wichtige Aufgabe im Ausland anvertraute: er richtete einen Filial-Betrieb in Istanbul ein und sah sich gründlich im Ausland um.

Sein Herz gehört auch heute noch dem Menschen - denen, die auf der Schattenseite des Lebens stehen, und so war es eine folgerichtige Entscheidung, die er am 1. Mai 1916 traf, als er der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beitrug. Schon bald erkannte man, dass man hier eine Persönlichkeit gewonnen hatte, der man wichtige Aufgaben übertragen konnte, und man bestellte ihn zum Sekretär für Bildungs- und Jugendfragen und beauftragte ihn mit der Vorbereitung eines Sekretariats für Frauen-Fragen.

Als dann jemand gesucht wurde, dem man die Reorganisierung der Volksbuchhandlung Magdeburg anvertrauen konnte, fiel die einstimmige Wahl auf Karl Voigt, der sich an die Arbeit machte, aus dem Vorhandenen eine moderne Buchhandlung erwachsen zu lassen. Karl Voigt sagt rückschauend dazu heute selber: Es war eine nicht ganz leichte Aufgabe, aber mit Hilfe junger Kräfte - so zum Beispiel Gustav Schmidt-Kuster, der heute Verleger der größten niedersächsischen Tageszeitung und einiger Vorlage ist - gelang dann das schwierige Werk.

Wenig später stellte man Karl Voigt als Geschäftsführer und Verlagsdirektor an die Spitze der früheren Magdeburger Volkstimme, die er mit Tatkraft und Umsicht leitete.

Als die Weimarer Republik 1933 in Scherben ging, musste auch Karl Voigt aus der Öffentlichkeitsarbeit ausscheiden. Er fand eine neue Tätigkeit im Handel, vergass aber seine Freunde auch in diesen schweren Jahren des Kampfes und der Unterdrückung nicht und reichte stets die Hand dort zur Hilfe, wo immer es notwendig war. Nach 1945 hielt er sich noch einige Zeit in der sowjetisch besetzten Zone auf, die politischen Verhältnisse zwangen aber auch ihn, den geraden, aufrechten Charakter, die Grenze zum Westen zu überschreiten.

Neue Aufgaben warteten auf ihn in München: Die Konzentration betraute ihn mit der Reorganisierung verschiedener parteieigener Betriebe.

Seine Freunde wünschen Karl Voigt, dem rüstigen Fünfundsiebziger, noch viele reicherfüllte Jahre.